

**SMITH COLLEGE**  
FACHBEREICH GESCHICHTE

DR. RAINER NICOLAYSEN

Deutschland 1945-1990:  
Politik, Gesellschaft und Kultur in beiden deutschen Staaten  
SS2001

**„Die Entwicklung der Deutschland- und  
Besatzungspolitik Frankreichs 1943-1949“**

eingereicht von:

Laura Melton  
6. Semester Europastudien/Germanistik  
Matrikelnummer: [deleted]

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. EINLEITUNG.....</b>	<b>3</b>
<b>II. AUFSPALTUNG DEUTSCHLANDS.....</b>	<b>3</b>
<b>III. WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN.....</b>	<b>6</b>
<b>IV. SICHERHEITSFORDERUNGEN.....</b>	<b>8</b>
<b>V. WENDE IN DER FRANZÖSISCHEN DEUTSCHLANDPOLITIK.....</b>	<b>11</b>
<b>VI. SCHLUSSBEMERKUNG.....</b>	<b>15</b>
<b>VII. LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>16</b>

## I. Einleitung

In dieser Hausarbeit werde ich versuchen, die Deutschlandpolitik Frankreichs während des zweiten Weltkriegs und der Besatzungszeit zu deuten. Der in der ganzen Welt allgemein verbreitete Eindruck von Frankreich am Ende des Zweiten Weltkrieges ist der einer sehr harten, rachsüchtigen Besatzungsmacht, was aber nur zum Teil richtig ist. Die französische Meinung von Deutschland war nie einheitlich gewesen; zuerst entsprach sie der Haltung des Dichters François Mauriacs, der sagte, „J’aime tellement l’Allemagne que je suis heureux qu’il y en ait deux“,<sup>1</sup> und dann entwickelte sie sich zur gleichberechtigten Partnerschaft in der Montanunion.

Die Aufgabe dieser Arbeit ist es, die Hauptrichtungen zu skizzieren und zu zeigen, dass die Politik sehr differenziert war. Es ging nicht um eine einheitliche Politik, sondern um mehrere außenpolitische Entscheidungen, die miteinander kollidierten. Es muss ferner eine terminologische Unterscheidung geben zwischen „Deutschlandpolitik“ (bzw. der deutschlandgerichteten Außenpolitik) und „Besatzungspolitik“. Die Deutschlandpolitik war von de Gaulle bestimmt und beinhaltete die drei oben genannten Hauptpunkte. Im Gegensatz dazu war die Besatzungspolitik unter der Kontrolle der Militärregierung, deren Leiter ziemlich viel Entscheidungsraum hatten, soweit ihre Handlungen nicht im Widerspruch zu den deutschlandpolitischen Zielen standen.<sup>2</sup> Die Aspekte, die in dieser Arbeit behandelt werden, sind überwiegend deutschlandpolitisch, aber die besatzungspolitischen Aspekte dürfen auch nicht vergessen werden.

## II. Aufspaltung Deutschlands

Noch während des Zweiten Weltkrieges gab es Verhandlungen zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, und der Sowjetunion über die Behandlung Deutschlands nach dem Ende des Krieges. Bei der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde endgültig entschieden, dass Deutschland unter den drei Siegermächten und Frankreich aufgeteilt werden würde.<sup>3</sup> Diese Konferenz

---

<sup>1</sup> François Mauriac, zitiert nach „Pages Eco“, *outrERhin*, [http://www.metromag.com/afa/outrERhin/or\\_archiv/or\\_html/eco.htm](http://www.metromag.com/afa/outrERhin/or_archiv/or_html/eco.htm).

<sup>2</sup> Hudemann, 1983, S. 207.

<sup>3</sup> „Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung“, 1998, S. 3.

war ein entscheidender Punkt, aber sie war weder die erste noch die letzte Etappe in der Entwicklung der Besatzungsplanung.

Die Zerteilung Deutschlands, die oft als selbstverständliche Folge dargestellt wird, war in Wahrheit keine überstürzte Entscheidung, sondern eine Möglichkeit, die schon nach dem Ersten Weltkrieg existiert hatte. 1918 wollten die siegreichen Alliierten Deutschland bestrafen für die Schäden des Krieges; neben den Verlusten von Territorium, Kolonialmacht und Welthandel sowie der Bezahlung von Reparationen wurde auch die mögliche Zerteilung des Reiches besprochen.<sup>4</sup> Zum Zweck der Schwächung der deutschen Schwerindustrie forderte Frankreich die Internationalisierung des Saargebiets, aber letztlich wurde das Gebiet nur entmilitarisiert.<sup>5</sup> Der französische Marschall Foch entwickelte auch die Strategie, die süddeutschen Staaten vom Reich militärisch und politisch abzuspalten und mit ihnen einen separaten Friedensvertrag abzuschließen, wodurch die Abspaltung endgültig besiegelt werden sollte. In der Zwischenzeit aber ermächtigte die Weimarer Nationalversammlung die Reichsregierung, den Friedensvertrag mit den Alliierten zu unterschreiben, woraufhin die französischen Pläne dann scheiterten.<sup>6</sup>

Aber die Franzosen gaben nicht auf. Im Januar 1923 besetzte Frankreich das Ruhrgebiet mit der Begründung, Deutschland habe die Reparationen nicht bezahlt. Die Besatzungstruppen förderten zusätzlich die Bildung einer separatistischen Bewegung, die die Schaffung einer Rhein-Ruhr-Republik forderte. Aber die Vereinigten Staaten und Großbritannien stimmten dieser Politik nicht zu und übten Druck auf Paris aus, diese Forderung aufzugeben. 1924 wurde ein Reparationsvertrag mit Deutschland abgeschlossen, der u.a. die Bestimmung einer sofortigen Räumung des Ruhrgebiets seitens der Franzosen enthielt.<sup>7</sup> Damit kam diese Phase der deutsch-französischen Feindschaft zu Ende und ließ den Frieden zeitweilig eintreten.

In den Verhandlungen zwischen den Großen Drei wurde die Idee der Zerteilung Deutschlands noch einmal aufgegriffen. Es war jetzt klar, dass die Sieger die Kontrolle Deutschlands übernehmen mussten; Teilung war die technische Lösung. 1943 einigten sich die Großen Drei darauf, Deutschland zu teilen,<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> Eschenburg, 1985, S. 36f.

<sup>5</sup> Hudemann, 1988, S. 1944f.

<sup>6</sup> Eschenburg, 1985, S. 37.

<sup>7</sup> Eschenburg, 1985, S. 37.

<sup>8</sup> Defrance, 1994, S. 35.

aber das war nur ein Schritt auf dem Weg zur Besetzung. Ende 1943 wurde auch die European Advisory Commission eingesetzt, die ebenfalls Entscheidungen über Deutschland treffen sollte.<sup>9</sup> Zuerst waren nur die Großen Drei in der EAC, aber im Sommer 1944 fing de Gaulle an, die Gleichstellung Frankreichs unter den Siegermächten und die Beteiligung an der EAC zu fordern, und am 11. November wurde die Regierung Frankreichs eingeladen, der EAC beizutreten. Leider war das schon zu spät für einige Absichten der Franzosen, weil viele Entscheidungen schon verabschiedet worden waren. Eine der wichtigsten Entscheidungen war das Zonenprotokoll vom 12. September, das die Einteilung Deutschlands in drei Zonen geregelt hatte.<sup>10</sup> Im September 1944 war eine französische Zone noch nicht vorgesehen,<sup>11</sup> aber im folgenden November versprach Eden, Frankreich einen Teil der britischen Zone zu geben und auch Frankreichs Interessen bei den Amerikanern und Sowjets zu unterstützen.<sup>12</sup> In Jalta wurde endlich beschlossen, dass Frankreich eine Besatzungszone bekommen sollte.<sup>13</sup> Ein Grund dafür war, dass Frankreich der größte, stärkste Nachbar Deutschlands war. Ein weiterer Grund war aber, dass Roosevelt am Anfang gesagt hatte, er könne die amerikanischen Truppen nur für zwei Jahre in Deutschland stationieren. Weil Churchill nicht alleine in Deutschland gegen die Sowjetunion gelassen werden wollte, unterstützte er die Beteiligung Frankreichs.<sup>14</sup> Schritt für Schritt gingen die Verhandlungen langsam weiter.

Obwohl Frankreich ein Stück deutsches Territorium bekam, war es trotzdem kein Sieger; es war von Deutschland besiegt worden und hatte nur noch eine provisorische Regierung.<sup>15</sup> Seinen Status als Besatzungsmacht hat es von den anderen Großmächten geschenkt bekommen und nicht selbst aktiv erlangt.<sup>16</sup> Obwohl Frankreich eine Besatzungsmacht war, war es trotzdem nicht Teil der elitären Siegergruppe. Wie bereits erwähnt, war Frankreich von vielen Konferenzen und Verhandlungen ausgeschlossen worden, besonders von der Konferenz von Jalta. Das war für de Gaulle, der als Teil der Gruppe anerkannt werden wollte, sehr ärgerlich. Wichtiger als die getroffenen Entscheidungen

---

<sup>9</sup> Krautkrämer, 1993, S. 65.

<sup>10</sup> Krautkrämer, 1993, S. 66f.

<sup>11</sup> Krautkrämer, 1993, S. 68.

<sup>12</sup> Krautkrämer, 1993, S. 69.

<sup>13</sup> Krautkrämer, 1993, S. 77.

<sup>14</sup> Eschenburg, 1985, S. 42f.

<sup>15</sup> „Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung“, 1998, S. 3.

<sup>16</sup> Eschenburg, 1985, S. 48.

war für ihn die Andeutung, dass die Franzosen und ihre Meinung unnötig und sogar unerwünscht waren.<sup>17</sup>

### **III. Wirtschaftliche Interessen**

Die französische Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg hatte drei Hauptziele: die Wiederbeschaffung des Ranges Frankreichs als Weltmacht, das Erhalten von Reparationen und die Versicherung der militärischen Sicherheit. Die Schwächung Deutschlands zwischen den beiden kontinentalen europäischen Großmächten, Frankreich und der Sowjetunion, sollte zur relativen Stärkung der Position Frankreichs dienen; auch sollte diese Vorherrschaft über Deutschland die Niederlage von 1940 ausgleichen. Es gab aber noch weitere Aspekte, welche die Deutschlandpolitik insgesamt bestimmten.<sup>18</sup> Die konkreten wirtschaftlichen und politischen Ziele waren viel wichtiger.

Frankreich war -- wie die Sowjetunion -- im Krieg stark beschädigt worden und benutzte die Ausbeutung seiner Besatzungszone für den Wiederaufbau im eigenen Lande.<sup>19</sup> Nach dem Ende des Krieges nahmen die Franzosen und Sowjets noch „Kriegs“-Gefangene, die im eigenen Land beschäftigt wurden, um die Verkehrsstrukturen und Industrie aufzubauen.<sup>20</sup> Die Bewohner der Zone mussten Steuern an die Franzosen zahlen; dieses Geld hat dem staatlichen Haushalt geholfen und floss zu ungefähr 50% in den der Haushalt der Militärregierung. Auch wurden Bodenschätze wie Kohle und Holz aus der Zone für die französische Industrie herausgenommen. Aber der Aspekt der Ausnutzung, der die stärksten negativen Gefühle zwischen der Zone und ihren Besetzern hervorrief, war die Demontage der Industrie.<sup>21</sup> Die demontierten Maschinen wurden nach Frankreich und in andere Länder abtransportiert und sollten da der Wirtschaft und Industrie helfen. Diese Demontagen standen im Widerspruch zu der Politik der angelsächsischen Mächte, die die Produktivitätssteigerung in Deutschland förderten,<sup>22</sup> aber nach der Meinung Rainer Hudemanns ignorierten die Franzosen die Tatsache doch nicht, dass es

---

<sup>17</sup> Eschenburg, 1985, S. 48.

<sup>18</sup> Defrance, 1994, S. 34.

<sup>19</sup> Eschenburg, 1985, S. 48f.

<sup>20</sup> „Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung“, 1998, S. 37.

<sup>21</sup> Hudemann, 1988, S. 148f.

<sup>22</sup> „Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung“, 1998, S. 37.

für die erfolgreiche Ausnutzung der Zone nötig wäre, ihre Wirtschaft zuerst wieder aufzubauen.<sup>23</sup>

Neben der wirtschaftlichen Ausnutzung gab es aber viele andere ökonomische Maßnahmen, die von den Franzosen eingesetzt wurden. Die Schuld an der Ernährungskrise wurde vielfach der Besatzungsmacht zugeschrieben; diese traf aber eigentlich keine Schuld, weil Frankreich selber ebenfalls Hungerelend hatte und keine Care-Pakete schicken konnte. 1946 wurde eine regional eingegliederte Einheitskrankenkasse von der Militärregierung eingeführt, während die Debatte über Sozialversicherung in der Bizone liefen und ergebnislos endete. Auch das Niveau der Kriegsopferversorgung war in der französischen Zone viel höher als in der Bizone. Sie war sogar über dem Niveau des Bundesversorgungsgesetzes, so dass es Proteste in der ehemaligen Zone gab, als das Gesetz 1950 verabschiedet wurde.<sup>24</sup> Die Franzosen waren also nicht nur „Ausbeuter“, sondern bauten auch viel auf.

Die Frage der deutschen Wirtschaft überschneidet sich mit der Frage der politischen Einheit Deutschlands. Die offizielle französische Deutschlandpolitik war stark gegen ein zentralisiertes Deutschland; de Gaulle sagte, „Plus de Reich centralisé! C’est à mon sens la première condition pour empêcher que l’Allemagne ne retournât à ses mauvais penchants“; damit meint er, dass Deutschland nicht mehr zentralisiert und stark genug sein sollte, seinen Nachbarn Frankreich anzugreifen.<sup>25</sup> Diese Forderung betrifft nur die politische Einheit, nicht die wirtschaftliche. Obwohl die Franzosen ihr Veto-Recht im Kontrollrat benutzten, die politische Zentralisierung Frankreichs zu verhindern, hatten sie keinen Einwand gegen wirtschaftliche Maßnahmen.<sup>26</sup> Als die Münchner Ministerpräsidentenkonferenz im Mai 1947 organisiert wurde, stimmten die Franzosen nur unter der Voraussetzung zu, dass politische Themen nicht behandelt würden, sondern nur ökonomische. Die Franzosen hatten gegen die Minderung des sozialen Elends keine Einwände, aber Deutschland sollte politisch dezentralisiert bleiben.<sup>27</sup> Als im selben Jahr die Bizone geschaffen wurde, lehnten die Franzosen dem Vorschlag ab, weil ihnen die Einheit der Zone, obwohl eher ökonomisch, zu viel war.<sup>28</sup> Besonders die

---

<sup>23</sup> Hudemann, 1988, S. 148.

<sup>24</sup> Hudemann, 1988, S. 149f.

<sup>25</sup> DeFrance, 1994, S. 35.

<sup>26</sup> Hudemann, 1988, S. 148.

<sup>27</sup> „Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung“, 1998, S. 34f.

<sup>28</sup> „Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung“, 1998, S. 33.

Amerikaner haben diesen Versuch der Trennung von Wirtschaft und Politik unpraktikabel gefunden.<sup>29</sup>

## IV. Sicherheitsforderungen

Das Hauptziel der französischen Deutschlandpolitik war die Vermeidung eines deutschen Angriffs. Für Frankreich war Deutschland der „Erbfeind“, „l’ennemi héréditaire“;<sup>30</sup> Ziebura sagt, dass nach der Ideologie der „Erbfeindschaft“ sich die Franzosen und die Deutschen immer bekriegen müssten.<sup>31</sup> Frankreich war von den Deutschen so oft angegriffen worden, dass man glauben müsste, sie könnten nicht anders handeln. So heißt es bei Defrance z. B.: „Aussi n’est-il guère étonnant qu’il [de Gaulle] présentât l’Allemagne, en 1944/5, comme une perpétuelle menace aux frontières de la France.“<sup>32</sup> Deutschland würde von selbst nie aufhören, den Krieg mit Frankreich zu wagen; es müsste gezwungen werden.

Oberflächlich beobachtet hat es den Anschein, als ob die französische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg dieselbe war als nach dem Ersten; z. B. sind die Forderung der Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland und das Ziel der Schwächung Deutschlands ähnlich. Diese Forderungen waren abgelehnt worden, und fünfzehn Jahre später war ein deutscher Angriff die Folge, was eine klare Berechtigung für die französischen Forderungen war.<sup>33</sup> So hatte Frankreich einige der gleichen Zwecke und Mittel wie in den zwanziger Jahren, aber die Deutschlandpolitik während und nach dem Zweiten Weltkrieg war trotzdem differenziert und schwer zu beurteilen. Sie folgte einer zeitlichen Entwicklung, die die zwei Nationen langsam näher brachte.

Schon vor der Befreiung Frankreichs gab es viele verschiedene Pläne und Vorschläge von den französischen Regierungen. Die ersten Forderungen von Ministerpräsident Daladier und seinem Nachfolger Reynard waren vergleichbar mit der Politik nach dem Ersten Weltkrieg, weil in beiden Fällen die Trennung des Ruhrgebiets und der süddeutschen Staaten gefordert wurde. Reynards Forderungen waren ziemlich extrem; er wollte das linke Rheinufer annektieren, Ost-Preußen, Pommern und Schlesien von Polen annektieren lassen und

---

<sup>29</sup> Hudemann, Rainer, 1988, S. 148.

<sup>30</sup> Defrance, 1994, S. 33.

<sup>31</sup> Ziebura, 1997, S. 16.

<sup>32</sup> Defrance, 1994, S. 34.

<sup>33</sup> Eschenburg, 1985, S. 48.

Rumpfdeutschland in zwei Staaten – ein Nord und ein Südgebiet -- spalten.<sup>34</sup> Diese Politik wurde später geändert, als de Gaulle sein Kabinett („Comité Français de la Libération Nationale“) im Sommer 1943 nach Algier verlegte und es beauftragte, Vorschläge zur Deutschlandpolitik zu bearbeiten. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, u.a. eine europäische Freihandelszone oder ein in eine französisch-belgisch-niederländische Wirtschaftsunion einbezogener Rhein-Ruhrstaat.<sup>35</sup> Das ist eine wichtige Änderung, weil die Deutschlandpolitik de Gaulles realistischer und pragmatischer geworden war. Sie war noch hart, aber die Regierung war offener für andere Möglichkeiten geworden, die Frankreich gegen einen Deutschlandkrieg sichern würden.

Bis Sommer 1944 war die Priorität der französischen Deutschlandpolitik die Verfügung über das linke Rheinufer und die Bildung eines Rhein-Ruhrstaates. Es war trotzdem klar, dass diese Ziele nur durch militärische Besetzung erreicht werden konnten, deshalb begann de Gaulle, sich eine Besatzungszone zu sichern. Besetzung war nicht das Ziel, sondern ein Mittel, mit dem das Ziel der Trennung des linken Rheinufers erreicht werden sollte.<sup>36</sup> Die Kriegsziele Frankreichs waren, nach der Comité de défense, die „Vermeidung der Erhaltung oder Herstellung eines zentralisierten Reiches, wirtschaftlicher Anschluss der Saar an Frankreich, Abtrennung der Ruhr und des Rheinlandes von Deutschland und deren ständige Besetzung durch Frankreich und andere europäische Staaten.“<sup>37</sup>

Der *démembrement* Deutschlands wurde nicht mehr gefordert, teilweise deswegen, weil es zu Nationalismus und einem Wunsch nach Wiedervereinigung hätte führen können,<sup>38</sup> aber auch weil sie nicht notwendig war. Der Hauptpunkt war, dass Deutschland seine Rüstungsindustrie durch die Internationalisierung des Ruhrgebietes verlieren sollte, was auch für Frankreichs Kohle- und Stahlversorgung von Vorteil gewesen wäre.<sup>39</sup> Es wurden verschiedene Entwürfe für die territoriale Gestaltung eines Rheinstaates von einer französischen Studiengruppe entwickelt. Der umfangreichste umfasste fast das ganze Rheinland, aber ein kleineres Gebilde, das nur vom Ruhrgebiet bis zum Saarland reichte, schien am ehesten praktikabel. In diesen Plänen

---

<sup>34</sup> Eschenburg, 1985, S. 37 und Krautkrämer, Elmar, 1993, S. 61f.

<sup>35</sup> Krautkrämer, 1993, S. 64.

<sup>36</sup> Krautkrämer, 1993, S. 65f.

<sup>37</sup> Krautkrämer, 1993, S. 69ff.

<sup>38</sup> Krautkrämer, 1993, S. 71.

<sup>39</sup> Defrance, 1994, S. 35.

wurde die Lebensfähigkeit des übrigen Deutschland immer berücksichtigt.<sup>40</sup> Deutschland sollte nicht zerstört werden, nur sozusagen ein „Handicap“ bekommen. Die Abtrennung des linken Rheinufer war trotzdem so wichtig, dass Couve de Merville sagte: „Si nous n’obtenons pas ça, nous avons perdu la guerre.“<sup>41</sup> Vielleicht sah er die Ironie nicht, dass Frankreich den Krieg in Wahrheit verloren hatte.

Es gab Pläne de Gaulles, das Rheinland zu annektieren, aber er sagte dies nicht öffentlich. Es sollte kein Zwang sein, sondern eine freie Entscheidung des Volkes, zu Frankreich zu gehören. Das war eine „politique de séduction“, die die Bürger der französischen Zone auf die französische Seite ziehen sollte.<sup>42</sup> De Gaulle sagte im Oktober 1945 im Kurhaus von Baden-Baden, „Notre action a pour but d’installer la France ici.“<sup>43</sup> Dieses hat er dann getan, indem versucht wurde, das französische Schulsystem einzusetzen.<sup>44</sup> Es wurde auch viel für die Wirtschaft der Zone getan,<sup>45</sup> aber der Versuch, separatistische Bewegungen zu schaffen, blieb erfolglos.<sup>46</sup>

Wie de Gaulle behauptete auch Georges Bidault, Frankreich wolle kein deutsches Territorium annektieren und die deutsche Industrie nicht zerstören:

Une chose est certaine : il doit y avoir une Allemagne. Non pas une Allemagne asservie, mais une Allemagne incapable de faire une nouvelle guerre. [...] L’Allemagne devra être contrôlée pendant les années à venir, mais je ne suis pas favorable à une action qui la rendrait inoffensive en la démembrant artificiellement. [...] Nous ne voulons incorporer aucun territoire allemand. Nous ne voulons aucune minorité allemande à l’intérieur de nos frontières. Notre intérêt repose sur un contrôle de la Rhénanie, car elle représente notre frontière même. [...] L’Allemagne nous a donné sur notre propre sol un très bon exemple de la manière dont il faut contrôler efficacement les industries sans que ce contrôle soit trop visible pour le public. La méthode allemande mérite d’être étudiée avec soin.<sup>47</sup>

Diese Rede ist eine deutliche Zusammenfassung der französischen Deutschlandpolitik im November 1944. Deutschland sollte nicht annulliert werden, sondern nur kriegsunfähig sein, was durch die internationale Überwachung des Rheinlandes erreicht werden sollte. Am Ende seiner Rede sagte Bidault ironisch, dass die deutsche Methode der Besetzung, die in Frankreich angewandt wurde, auch in Deutschland imitiert werden sollte. In der

<sup>40</sup> Krautkrämer, 1993, S. 74.

<sup>41</sup> Defrance, 1994, S. 40.

<sup>42</sup> Defrance, 1994, S. 37.

<sup>43</sup> Defrance, 1994, S. 37.

<sup>44</sup> „Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung“, 1998, S. 27.

<sup>45</sup> Hudemann, 1988, S. 149f.

<sup>46</sup> Defrance, 1994, S. 43.

<sup>47</sup> Bidault aus SUNDAY TIMES, 12. November 1944, zitiert in: Krautkrämer, 1993, S. 75f.

Verkleidung eines Komplimentes versteckte er die Kernaussage, dass Deutschland diese Besetzung verdient habe. Aber die Behauptung, Frankreich wolle kein deutsches Territorium inkorporieren, stimmt nicht. Am Anfang der Besetzungszeit hatte de Gaulle vor, das Saarland zu annektieren, obwohl er die Trennung des Rheinlands immer noch forderte. Das Ziel der Politiker war immer, die Sicherheit Frankreichs durch die Abschaffung der deutsch-rheinischen Rüstungsindustrie zu gewährleisten.

## **V. Wende in der französischen Deutschlandpolitik**

Dass es irgendwann eine Wende in der französischen Deutschlandpolitik gab, ist unbestritten. Es gibt aber verschiedene Meinungen hinsichtlich des Zeitpunktes der Wende. Poidevin behauptet, es sei in den Jahren 1948/9 gewesen, aber DeFrance setzt den Zeitpunkt der Wende zwei Jahre früher an, im Sommer 1946. Meiner Meinung nach gab es keine definitive Wende, sondern eine langsame Entwicklung.

Nach DeFrance geht es um die Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz, die am 30. August 1946 mit der „ordonnance 57“ angekündigt wurde.<sup>48</sup> Eine Ursache dieser Entwicklung in der Deutschlandpolitik war die Opposition der Briten und Amerikaner gegen die Trennung des linken Rheinuferes von Deutschland.<sup>49</sup> Obwohl diese Forderung nicht formell aufgegeben wurde, wurde die Richtung der Politik trotzdem ein bisschen verändert. Es ging nicht mehr um die vollständige Trennung des Rheinlandes, sondern um Föderalismus.

Erst im Februar 1946 begann die konkrete Diskussion über die Bildung eines Rheinstaates. Es gab drei verschiedene Vorschläge zur Struktur des Staates; einer von diesen wurde angenommen, aber schließlich sollten die Bürger des Staates selbst über seine Form und Struktur entscheiden.<sup>50</sup> Das Ziel General Koenigs für die Gründung des Rheinstaates war hauptsächlich die Abtrennung des linken Rheinuferes, aber diese Gründung konnte auch zu der Einigung des Rheinlandes mit den anderen Zonen führen, wie die Entscheidung über den Namen des Staates zeigt. Während des Sommers wurde „Pays Rhéan“ (Staat Rheinlande) gewählt, aber schließlich wurde am 12. August der Name auf „Land Rhéan“ festgelegt, was nicht nur ein rein linguistischer Unterschied ist. Das Wort „Pays“ bezeichnet keine besondere politische Struktur, aber es ist

<sup>48</sup> DeFrance, 1994, S. 46.

<sup>49</sup> DeFrance, 1994, S. 49.

<sup>50</sup> DeFrance, 1994, S. 44f.

klar, dass ein „Land“ kein selbständiger Staat ist. Vielleicht war die Wahl des Namens von den angelsächsischen Mächten beeinflusst, weil sie ihre eigenen Zonen in Länder umstrukturiert hatten.<sup>51</sup> In dem Fall wäre das ein Zeichen für die Annäherung der Zonen.

Die französische Militärregierung hatte gehofft, die umliegenden Rheinländer der britischen Besatzungszone in eine Rhein-Ruhr-Republik einzubeziehen, aber eigentlich ging es eher in die andere Richtung.<sup>52</sup> Die Umstrukturierung der amerikanischen und britischen Zonen war ein erster Schritt zur Schaffung der Bizone und deswegen auch zu einem deutschen Staat. Die Briten hatten das Land Nordrhein-Westfalen im Juni 1946 gegründet, was eine endgültige Ablehnung der französischen Forderungen des Ruhrgebiets war, daher gingen die Franzosen pragmatisch über zu einer kooperativeren, föderalistischen Lösung.<sup>53</sup> DeFrance hat dies folgendermaßen zusammengefasst: „Après avoir exigé la séparation de la rive gauche du Rhin et la constitution d’un Etat rhénan indépendant, les autorités françaises s’étaient finalement engagés dans la voie du fédéralisme allemand.“<sup>54</sup> Der Föderalismus war kein Widerspruch zu den Zielen der Deutschlandpolitik, weil ein dezentralisiertes Deutschland weniger fähig sein würde, Frankreich anzugreifen.

Poidevins Artikel trägt den Titel „Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948/49“, womit der Sinn des Artikels zusammengefasst wird. Seiner Meinung nach sind es die Anfänge der Europäischen Gemeinschaft für Kohle and Stahl, die die Wende kennzeichneten. Auf der Londoner Dreimächtekonferenz verlangten die angelsächsischen Mächte im Juni 1948 die Beendigung der französischen Politik der Härte, aber die Franzosen wollten sie noch nicht ändern.<sup>55</sup> Trotzdem wurde die Politik nach und nach liberaler, wurde zu einer Politik der Kooperation und nicht der Opposition.

Vor der Befreiung Frankreichs gab es schon eine Bewegung innerhalb der Résistance non communiste für eine Versöhnung Frankreichs und Deutschlands im Herzen einer europäischen Föderation.<sup>56</sup> Im Herbst 1943 wurden zwei Hauptrichtungen von der CFLN besprochen: eine davon beinhaltete, dass Frankreich sich für die Sicherheit auf seine stärkeren Nachbarn und Alliierten,

<sup>51</sup> DeFrance, 1994, S. 45f.

<sup>52</sup> DeFrance, 1994, S. 45.

<sup>53</sup> DeFrance, 1994, S. 47.

<sup>54</sup> DeFrance, 1994, S. 55.

<sup>55</sup> Poidevin, 1985, S. 129.

<sup>56</sup> DeFrance, 1994, S. 48.

hauptsächlich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, verlassen konnte. Das war die traditionelle Form der Versicherung durch Allianz. Andere Politiker unterstützten aber die progressivere Möglichkeit einer europäischen Föderation, die Frankreich und Deutschland verbinden würde. De Gaulle ging nicht so weit, die Präsenz Deutschlands in solch einer Föderation zu erlauben; es sollten nur Frankreich, die Niederlanden, Belgien, Luxemburg und vielleicht Großbritannien sein. Diese Pläne blieben vorübergehend vage; es war nicht klar, ob das Rheinland dazu gehören sollte.<sup>57</sup>

Im August 1948 war von französischer Seite noch die Furcht vor einem starken, zentralisierten deutschen Staat vorhanden, aber diese stand in Opposition zu der amerikanischen Politik, daher wurde Deutschland trotz aller französischen Einwände wieder aufgebaut. Die Franzosen konnten den Wiederaufstieg Deutschlands ohnehin nicht verhindern; deswegen war die Einigung Westeuropas nötig, damit Frankreich an den Aufstieg teilnehmen konnte.<sup>58</sup> Aber es war auch in der Interesse der Verteidigung; nach einer Aufzeichnung des französischen Außenministeriums wäre eine europäische Gemeinschaft „une dernière tentative pour empêcher la reconstruction d’un Reich centralisé.“<sup>59</sup>

Anfang August 1948 trafen sich die französischen Politiker Devinat und Jouve mit Karl Arnold, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Übereinstimmend sahen sie die „Notwendigkeit einer europäischen Organisation, die die Aufgabe haben sollte, die wichtigsten Ressourcen Europas wie Kohle, Eisen sowie sämtliche andere Energien zu kontrollieren.“<sup>60</sup> Arnold war auch offen für die Idee der Internationalisierung des Ruhrgebietes und für die Möglichkeit einer europäischen Föderation.<sup>61</sup> Für Frankreich war diese supranationale Organisation ein anderes Mittel, seine Forderungen der Kontrolle über das Ruhrgebiet durchzusetzen, aber für Deutschland bot sie auch einen Weg, die französische Kontrolle zu limitieren. Zwei Monate nach diesem Treffen fuhr der französische Außenminister Robert Schuman nach Koblenz, um die Deutschlandpolitik in die eigenen Hände zu nehmen; hinsichtlich der Differenzierung zwischen Deutschland- und Besatzungspolitik bedeutet dies,

---

<sup>57</sup> DeFrance, 1994, S. 38.

<sup>58</sup> Poidevin, 1985, S. 135.

<sup>59</sup> Aufzeichnung des Außenministeriums, angeblich vom 24. November 1948, wahrscheinlich jedoch vom 21. Oktober 1948, zitiert in: Poidevin, 1985, S. 135.

<sup>60</sup> Poidevin, 1985, S. 132.

<sup>61</sup> Poidevin, 1985, S. 132.

dass Frankreich Deutschland nicht mehr als besetzte Zone, sondern als eigenen Staat behandeln wollte.<sup>62</sup>

Schon 1948 meinte Adenauer, Frankreich und Deutschland hätten ihre gegenseitigen Meinungen voneinander positiv geändert.<sup>63</sup> Die Zeichen einer Wende in der französischen Deutschlandpolitik, wie die Ernennung von André François-Poncet zum Sonderbeauftragten bei General Koenig, wurden von Deutschen sehr positiv aufgenommen,<sup>64</sup> aber auf der anderen Seite gab es natürlich negative Resonanz in Deutschland zum französischen Widerstand gegen die Idee eines starken Deutschlands.<sup>65</sup> Das war für beide Seiten kein einfacher Übergang. Deutschland wollte keine europäische Föderation, wenn es nicht die gleichen Rechte wie Frankreich haben würde; auf der französischen Seite gab es die Befürchtung, Deutschland könne zuerst zu einer Verständigung mit Amerika oder der Sowjetunion kommen.<sup>66</sup>

Frankreich hielt noch am Ruhrland fest, aber im November 1948 gaben die Amerikaner und Briten Deutschland trotzdem die provisorische Leitung und Verwaltung der Bergwerke und Betriebe.<sup>67</sup> Aber Ende Dezember desselben Jahres sah das Abkommen der sechs Mächte (Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Belgien, Niederlande und Luxemburg) die Schaffung einer Internationalen Ruhrbehörde und eines Sicherheitsbüros vor, die die Verteilung von Kohle, Koks und Stahl und die Entmilitarisierung Deutschlands überwachen sollten.<sup>68</sup> Das bedeutete ein partielles Entgegenkommen im Hinblick auf die französische Forderung nach Internationalisierung des Ruhrgebietes.<sup>69</sup> Wie André François-Poncet im Januar 1949 zur deutschen Presse sagte, war die Errichtung einer internationalen Kontrolle der Ruhr ein erster Schritt zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,<sup>70</sup> die zweieinhalb Jahre später schließlich gegründet wurde.<sup>71</sup> Die Franzosen und Deutschen hatten die Grundlage gelegt für eine Zukunft der konstruktiven Partnerschaft.

---

<sup>62</sup> Poidevin, 1985, S. 133.

<sup>63</sup> Poidevin, 1985, S. 133.

<sup>64</sup> Poidevin, 1985, S. 136.

<sup>65</sup> Poidevin, 1985, S. 138.

<sup>66</sup> Poidevin, 1985, S. 139.

<sup>67</sup> Poidevin, 1985, S. 133.

<sup>68</sup> Poidevin, 1985, S. 140.

<sup>69</sup> Poidevin, 1985, S. 133.

<sup>70</sup> Poidevin, 1985, S. 136.

<sup>71</sup> „Deutschland in den fünfziger Jahren“, 1997, S. 15.

## **VI. Schlussbemerkung**

In den sechs Jahren zwischen 1943 und 1949 war die französische Deutschlandpolitik von einer Reihe von unterschiedlichen Meinungen, Zielen und Einstellungen bestimmt. Nicht nur waren die Pläne von einzelnen Personen unterschiedlich und zeitlich variierend, sondern die Ideen von ein- und demselben Politiker, z. B. de Gaulle, schlossen sich gegenseitig aus. Ferner wurden die Deutschlands- und Besatzungspolitik von zwei unterschiedlichen (Staats- und Militär-) Regierungen kontrolliert, die möglicherweise unterschiedliche Ziele hatten, obwohl letztere von der ersteren teilweise abhängig war. Deswegen ist es unmöglich, ein einheitliches Bild der französischen Deutschlandpolitik zu zeichnen. Eigentlich wussten die Franzosen selbst nicht, was mit Deutschland passieren sollte.

Der einzige einheitliche Schluss, den man aus diesem Durcheinander ziehen kann, ist, dass die Politik sich in diesen Jahren langsam, aber deutlich änderte. Dieselben politischen Parteien, die die Zerteilung Deutschlands gefordert hatten, schlugen später eine europäische Gemeinschaft vor. Vor der „Wende“ hatte es schon Stimmen gegeben, die eine freundlichere Politik vorgeschlagen hatten, aber nach Kriegsende wurden diese Stimmen lauter und zahlreicher. Statt einer traditionell harten Politik folgte Frankreich dann einer progressiveren, die schließlich zu einer neuen, revolutionären Epoche der europäischen Geschichte führte.

## VII. Literaturverzeichnis

- Defrance, Corine. 1994. *La politique culturelle de la France sur la rive Gauche du Rhin 1945-1955*. Strasbourg: Presses Universitaires de Strasbourg.
- Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung. Informationen zur politischen Bildung*. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn : Heft 259 (2. Quartal 1998).
- Deutschland in den fünfziger Jahren. Informationen zur politischen Bildung*. Hrsg. Von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn : Heft 256 (3. Quartal 1997).
- Hudemann, Rainer. 1988. „Frankreichs Besatzungspolitik nach dem 1. und 2. Weltkrieg.“ In: Durchhardt, Heinz (Hrsg.). *In Europas Mitte: Deutschland und seine Nachbarn*. Bonn: Europa Union Verlag.
- Hudemann, Rainer. 1983. „Französische Besatzungszone 1945-1952.“ In: Scharf, Klaus und Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.). *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Eschenburg, Theodor. 1985. „Deutschland in der Politik der Alliierten.“ In: Foschepoth, Josef. *Kalter Krieg und Deutsche Frage: Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952*. Göttingen und Zürich: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Krautkrämer, Elmar. 1993. „Das Rhénanieprojekt und die Frage der territorialen Gestaltung der französischen Besatzungszone.“ In: Jurt, Joseph (Hrsg.). *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation*. Freiburg: Rombach Verlag.
- Poidevin, Raymond. 1985. „Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948/49.“ Übersetzt von Scharf, Christine. In: Foschepoth, Josef. *Kalter Krieg und Deutsche Frage: Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952*. Göttingen und Zürich: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Ziebura, Gilbert. 1997. *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten*. Stuttgart: Verlag Günther Neske.